

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Markus Kranig, Dr. Anke Frieling,  
Birgit Stöver, Ralf Niedmers, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Altkleidersammlung in Hamburg sichern – Stadt darf nicht länger wegsehen**

In immer mehr Hamburger Stadtteilen wird das Problem der überfüllten oder verschwundenen Altkleidercontainer zum Dauerthema. Besonders stark betroffen sind dabei die östlichen Bezirke – allen voran Steilshoop, Bramfeld und Farmsen-Berne. Hier häufen sich Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, die feststellen, dass die wenigen verbliebenen Sammelstellen regelmäßig überquellen. Säcke mit Kleidung, Schuhen und Textilien werden neben vollen Containern abgestellt, was nicht nur unschön aussieht, sondern auch Schädlinge wie Ratten und Ungeziefer sowie Vögel anzieht. Die Entsorgung dieser illegalen Ablagerungen kostet die Stadt zusätzliches Geld.

Was früher selbstverständlich war – alte, aber gut erhaltene Kleidung für Bedürftige oder den Wiederverkauf abzugeben – wird zunehmend schwieriger. Viele Anwohnerinnen und Anwohner berichten, dass die letzten Container in der Umgebung regelmäßig überfüllt sind oder ersatzlos verschwunden, weil Betreiber aufgegeben haben. Wer helfen will, steht buchstäblich vor verschlossenen Deckeln.

Ein Blick in die Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 23/1756 bestätigt diese Wahrnehmung: Seit 2020 haben 13 Unternehmen ihre Altkleidersammlung in Hamburg eingestellt. Die Sammelmengen sind im gleichen Zeitraum stark gesunken – von über 8.000 Tonnen (2020) auf nur noch 6.640 Tonnen (2024). Das ist ein Rückgang von rund 18 Prozent. Besonders alarmierend ist, dass es in Hamburg aktuell nur 22 Container im öffentlichen Raum gibt, aufgestellt durch die Stadtreinigung, sowie 287 Container auf privaten Flächen. Das ist für eine Stadt mit knapp 2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern völlig unzureichend. Zum Vergleich: Leipzig verfügt bei etwa 630.000 Bürgerinnen und Bürgern über rund 400 Alttextilcontainer an rund 300 Standorten im Stadtgebiet.

Als mögliche Ursachen für den Rückzug privater Unternehmen in Hamburg nennt der Senat steigende Transport- und Personalkosten, sinkende Erlöse durch minderwertige Fast-Fashion-Textilien und den Wegfall rentabler Second-Hand-Märkte. Gleichzeitig verkennt der Senat die Dringlichkeit, die Altkleidersammlung besser zu koordinieren oder zu fördern, um diesem Problem zu begegnen. Zuschüsse, Kooperationen mit sozialen Trägern oder eine Ausweitung der Sammelstellen sind nicht vorgesehen.

Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Die Stadt Hamburg hat sich in ihrer Kreislaufwirtschaftsstrategie zu Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit bekannt. Wenn aber tonnenweise Kleidung im Restmüll landet, weil es an Sammelmöglichkeiten fehlt, ist das ein klarer Widerspruch zu diesen Zielen: Durch fehlende Sammelstrukturen werden wertvolle Rohstoffe verschwendet, die durch Recycling oder Weiterverwendung erneut in den Wirtschaftskreislauf eingebracht werden können. Zudem sollte sich Hamburg auch an den Zielen und Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie orientieren, die eine stärkere Wiederverwendung und Vermeidung von Textilabfällen vorsieht und auch so weit geht, als dass sie die Entsor-

gung von gut erhaltenen Textilabfällen in der Resttonne ab dem 1. Januar dieses Jahres untersagt hat.

Hinzu kommt der soziale Aspekt: Viele gemeinnützige Organisationen wie das DRK, die Malteser, die Deutsche Kleiderstiftung Spangenberg oder Bethel finanzieren unter anderem über die Altkleidersammlung ihre Hilfsangebote. Wenn diese Einnahmequelle versiegt, sind soziale Projekte unmittelbar gefährdet.

Gerade in Stadtteilen wie Steilshoop, Bramfeld und Farmsen-Berne ist die Altkleidersammlung aber auch ein Stück gelebte Solidarität – Bürgerinnen und Bürger geben, was sie nicht mehr brauchen, und unterstützen damit Menschen, die Hilfe benötigen. Der Rückzug der Sammler sowie das Wegsehen des Senats, drohen dieses bewährte System zu zerstören. Andere Städte wie Leipzig haben in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen und privaten Unternehmen zentrale Sammelstellen im öffentlichen Raum eingerichtet; Hamburg kann hier von erprobten Konzepten lernen.

Die Stadt darf hier nicht länger untätig bleiben. Sie muss selbst aktiv werden – sei es durch Kooperationen mit karitativen Trägern, eine erweiterte Koordination über die Stadtreinigung oder ein eigenes städtisches Sammelkonzept.

### **Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

#### **Der Senat wird ersucht,**

1. die Altkleidersammlung in Hamburg strategisch zu sichern und zu stärken; hierzu soll geprüft werden,
  - wie bestehende Containerstandorte erhalten und zusätzliche geschaffen werden können, insbesondere in Stadtteilen mit Unterversorgung (zum Beispiel Steilshoop, Bramfeld, Farmsen-Berne),
  - ob eine Förderung oder Kooperation mit gemeinnützigen Organisationen möglich ist, um deren Sammlungstätigkeit finanziell zu stabilisieren,
  - inwiefern die Stadtreinigung Hamburg (SRH) die Koordination der Altkleidersammlung übernehmen kann,
  - ob leer stehende oder ungenutzte Flächen im öffentlichen Raum (zum Beispiel Parkplätze, Recyclinghöfe, städtische Grundstücke) für neue Sammelstellen nutzbar sind,
  - inwieweit eine getrennte Sammlung von nicht mehr zum Tragen geeigneter Kleidung zum Recycling sinnvoll ist und realisiert werden kann;
2. zu prüfen, ob die Stadt ein eigenes Altkleider-Sammelkonzept im Rahmen der Kreislaufwirtschaftsstrategie auflegen kann, das ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte vereint;
3. der Bürgerschaft bis zum Ende des 2. Quartals 2026 zu berichten, wie viele neue Sammelstellen geschaffen, welche Kooperationen mit sozialen Trägern eingegangen und wie sich die Sammelmengen seit 2004 weiterentwickelt haben.